Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 83 (2005)

Heft: 3

Artikel: Politik an der Grenze des Kapitalismus : zur Dialektik von Nah- und Fernzielen linker Politik

Autor: Haug, Wolfgang Fritz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341913

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik an der Grenze des Kapitalismus

Zur Dialektik von Nah- und Fernzielen linker Politik

Alle demokratische Politik hat es zunächst mit Nahzielen zu tun. Parteien werden gewählt, wenn sie zur Sprache bringen, was vielen Menschen auf den Nägeln brennt,

Wolfgang Fritz Haug

und Reformen ankündigen, von denen viele sich Abhilfe versprechen. Nichts brennt mehr Menschen heute auf den Nägeln als die Angst vor Arbeitslosigkeit und all den sozialen Sicherheitsverlusten, die direkt oder indirekt aus dieser folgen und sich weit in die Mittelschichten hinein spürbar machen. Doch wie bringt man diese Angst zur Sprache? Und was lässt sich mit Aussicht auf Erfolg tun gegen Massenarbeitslosigkeit? Was lässt sich in einem linken Programm glaubwürdig versprechen? Die Zahl derer, die Politikern überhaupt nichts mehr glauben, ist inzwischen Legion. In Deutschland haben 90 Prozent der Befragten jüngst erklärt, zu Parteien ganz im Allgemeinen «wenig oder überhaupt kein Vertrauen»[1] zu haben. Allzu oft sind Wahlversprechen nicht viel mehr als Werbecoups und Programme Sonntagsreden. Linke Programmatik ist gut beraten, wenn sie nicht das Blaue vom Himmel verspricht, sich fern hält von Sonntagsreden und auch nicht ins Idealreich blosser Werte ausweicht. Zu verlangen ist eine Ursachenanalyse der Nöte, auf welche die potenziellen Wähler gerade einer Linkspartei Abhilfe erhoffen. Das Brett muss dort gebohrt werden, wo es am dicksten ist. Die widersprüchlichen Bedingungen, unter denen linke Politik sich entfalten muss, sind klar auszusprechen. Es führt kein Weg daran vorbei, vom «transnationalen High-Tech-Kapitalismus»[2], der so genannten «Globalisierung» und ihren Verwerfungen und Antagonismen zu sprechen. Nicht zuletzt ist es gegenwärtig angesagt, Lehren zu ziehen aus der Niederlage der deutschen Sozialdemokratie.

Woran ist die Regierung Schröder gescheitert?

Gerhard Schröder wollte gemessen werden an den Erfolgen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Nun wird er daran gemessen, und er und die SPD werden von einer grossen Mehrheit für unfähig befunden. Soweit ist dies verständlich. Doch wie ist die Hauptursache dieser Niederlage, der Misserfolg im Kampf gegen Arbeitslosigkeit zu begreifen? Den Schlüssel zur Beantwortung verspricht die Aufknotung des paradoxen Widerspruchs, dass zugleich mit den Exporten die Konkurse von Rekord zu Rekord eilen. Sieger am Weltmarkt mit Depression am Binnenmarkt – wie geht das zusammen? Die Arbeitspolitik der Regierung Schröder ruhte vor allem auf zwei Säulen: Erstens getreu der in den USA erprobten Losung «workfare statt welfare» die Erhöhung des Drucks auf die Arbeitslosen, möglichst jede Art von angebotenem Job anzunehmen; – zweitens sinkende Abgaben für

[1] Noelle, Elisabeth: Vertrauen ist besser, in: FAZ, 20. Juli 2005, 5.

[2] Haug, Wolfgang Fritz: High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie, Hamburg 2003.

Unternehmen und Grossverdiener. Die Angst um die Arbeitsplätze förderte Lohnzurückhaltung und Arbeitszeitverlängerung bei Produktivitätsanstieg. «Im Ergebnis hat Deutschland im Euroraum real abgewertet. Das heisst: Die Lohnstückkosten (...) sind spürbar gesunken, was der Exportstärke dient.»[3] Man muss ergänzen: und die Exportstärke der europäischen Nachbarn schwächt. Unterstützend agierte der Kanzler mit beachtlichem Erfolg auf dem Weltmarkt als Auftragsaquisiteur für die deutsche Wirtschaft. Und doch stieg die Arbeitslosigkeit weiter. Wie ist das zu erklären?

Der interessierte Chor des neoliberalen «Einheitsdenkens» wird vielstimmig wiederholen, dass die Löhne zu hoch, die Kündigungsfristen zu lang, die betriebliche Mitbestimmung im Wege und die Macht der Gewerkschaften zu gross seien und vor allem die Reichen und die Betriebe steuerlich noch weiter entlastet werden müssten. Die Arbeitsverhältnisse sollen nach dem Willen der Marktradikalen noch mehr prekarisiert, die Arbeitszeit noch mehr verlängert sowie der Flächentarif abgeschafft werden. So redend beuten sie die von ihnen geschürte Finanzkrise des Staates und Konkurrenz der Lohnarbeitenden und Arbeit Suchenden untereinander aus. Denn diese Konkurrenz hat dramatisch zugenommen. Unter den gegebenen Umständen bedeutet «Steigerung der Produktivität – Schwächung der Produzenten».[4] An die Ursachen der Arbeitslosigkeit rühren jene Rezepte nicht, sondern sie beuten deren Folgen aus.

Wohin schwindet die Arbeit?

Unter den langfristig wirkenden Ursachen für den unaufhaltsamen Anstieg der Arbeitslosigkeit ragen zwei hervor, die einander bedingen und sich in ihren Effekten überlagern. Erstens: Indem die aus Konkurrenzgründen mit hochtechnologischen Innovationen forcierte Arbeitsproduktivität den Arbeitsbedarf pro Produkt verringert, zieht sie «technologische Arbeitslosigkeit»[5] nach sich. Den Arbeitsplätzen unmittelbar an den Kragen geht es zweitens bei der Produktionsverlagerung in Billiglohnländer, sei es in Gestalt von Direktinvestitionen oder als grenzüberschreitendes Outsourcing. Die in einem Porsche zusammengebauten Teile etwa kommen nur mehr zu rund 15 Prozent aus dem Inland. Hans-Werner Sinn hat deshalb die deutsche Wirtschaft als «Basar-Ökonomie» verspottet.[6] «Made in Germany» heisst immer öfter «montiert in Deutschland». Beides zusammen trägt auch schon zur wenigstens gedanklichen Lösung des Rätsels bei, wie es kommt, dass der Exportweltmeister sich zugleich als der ökonomisch kranke Mann Europas darstellt. Der mit weniger Arbeitskräften bei sinkenden Löhnen realisierte Exporterfolg geht mit einer Schwächung der Kaufkraft der Lohnabhängigen einher. Und nicht nur das. Um zu erreichen, dass ein Arbeiter oder Angestellter Einbussen hinnimmt – von den Löhnen bis zu den Abfindungen bei Entlassung über die Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge, muss man ihm, wie Alfredo Pastor bemerkt hat, «ein sehr düsteres Panorama malen: Wie kann man glauben, dass er, nachdem man ihm am Morgen Angst gemacht hat, am Abend munter konsumiert?»[7] Die Effekte pflanzen sich über all diejenigen Funktionsgruppen und Schichten fort, deren Erwerbstätigkeiten direkt oder indirekt auf der konsumtiven Verausgabung der Arbeitseinkommen beruhen.

«Made in Germany» heisst immer öfter «montiert in Deutschland».

[3] FAZ, 23.7.05, 13.

[4] Haug, Wolfgang Fritz: Arbeit im High-Tech-Kapitalismus, in: Das Argument 256, 46. Jg., 2004, H. 3–4, 357–68, hier 360.

[5] Vgl. Lederer, Emil: Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit. Eine Untersuchung der Hindernisse des ökonomischen Wachstums (1938), m. Nachw. zur Neuausgabe v. Robert A. Dickler, Frankfurt/M. 1981.

[6] Sinn, Hans-Werner: Die Basar-Ökonomie kann Arbeitsplätze sichern, in: FAZ, 28.6.04, 13.

[7] Pastor, Alfredo: Anglosajones honorarios, in: El País, 28.7.05, 56.

Dem inneren Ungleichgewicht stehen gigantische Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft gegenüber, die sich in den Handels- und Leistungsbilanzen manifestieren. Zwei Extreme zeigen sich im Verhältnis Deutschlands zu China sowie im Verhältnis Chinas zu den USA.

Effekte des Freihandels zwischen Hoch- und Niedriglohnländern am Beispiel von Westeuropa und China

Um von Europa einen Airbus A320 zu kaufen, muss China den Erlös von zig Millionen Hemden auf den Tisch legen.

»Das industriell entwickeltere Land», schreibt Marx im Vorwort von Kapital I, «zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft.»[8] Heute ist diese Behauptung verwirrend in Frage gestellt. Die dem Markt überlassenen Beziehungen mit dem minder entwickelten China stürzen das industriell entwickeltere Westeuropa und eben auch Deutschland in eine Krisendynamik, aus der kein einfacher Ausweg in Sicht ist.

Die industriegesellschaftliche Entwicklungsdifferenz der beiden Handelspartner springt sinnbildlich an folgendem Beispiel in die Augen: Um von Europa einen Airbus A320 zu kaufen, muss China den Erlös von zig Millionen Hemden auf den Tisch legen. In der europäischen Presse war von 20, in China von 700 Millionen Hemden die Rede.
Aristoteles hat bekanntlich in der Nikomachischen Ethik versucht, dem Wertausdruck der Waren auf den Grund zu gehen. Sein Beispiel ist:

5 Liegen = 1 Haus

Heute könnte er sich den Kopf zerbrechen über:

100 Millionen Hemden = 1 Airbus

Während nun die Arbeitsplätze der Textilindustrie nicht nur Europas, sondern auch der Türkei und selbst Marokkos wie Schnee an der Sonne wegschmelzen, klingen die europäischen Proteste gegen die chinesische Textilschwemme nach Pflichtübung. Dies aus zwei Gründen: Erstens weil das transnationale High-Tech-Kapital dabei seine Produkte (wie z.B. den Airbus) mit Gewinn nach China verkauft. Zweitens lassen etwa die transnational operierenden Textilkapitale längst in China produzieren, wie überhaupt die chinesischen Ausfuhren zur Hälfte von transnationalen Konzernen, in der Mehrzahl US-amerikanischen, und damit zumeist als ‚innerbetriebliche' Transaktion abgewickelt werden. Auch Europas in China produzierende transnationale Konzerne sowie die dort einkaufenden Handelsketten gewinnen, mit ihnen die Aktionäre und die Besitzer grosser Geldvermögen. Auch die Konsumenten haben etwas davon in Gestalt ‚chinesischer' Preise.

Die europäische Arbeiterklasse verliert

Einzig die europäische Arbeiterklasse verliert. Damit verliert jedoch in Wirklichkeit Europa insgesamt. Denn nicht nur zehren die einheimischen Gewerbe, der berühmte innere Markt, entscheidend vom proletarischen Geld, sondern auch der Staat und mit ihm, moralisch, die liberale rechtsstaatliche Demokratie. Nicht zufällig ist es der Präsident des Unternehmerverbandes Eurotex, Filiep Libeert, dem ein Licht über die Konsequenz aufging: «Wir bewegen uns auf eine unhaltbare Welt arbeitsloser Konsumenten zu.» Sie wäre nicht nur ökonomisch unhaltbar, sondern auch politisch, zumal als liberale Demokratie.

Vorauszuschicken ist, dass das Problem schon vor hundertdreissig Jahren angedacht worden ist. Den Beleg liefert eine Zeitungsmeldung, die Karl Marx aus der London «Times» vom 3. Sept. 1873 ausgeschnitten und sich für die dritte

[8] MEW 23, 12.

Auflage von Kapital I zurechtgelegt hat. Sie handelt von den Auswirkungen der Weltmarktskonkurrenz. «Wenn China,» erklärt das Parlamentsmitglied Stapleton seinen Wählern, «wenn China ein grosses Industrieland wird, so sehe ich nicht ein, wie die europäische Arbeiterbevölkerung den Kampf aushalten könnte, ohne auf das Niveau ihrer Konkurrenten herabzusteigen.» Und Marx kommentiert: «Nicht mehr kontinentale, nein, chinesische Löhne, das ist jetzt das ersehnte Ziel des englischen Kapitals.»[9]

Heute ist es das Ziel allen transnationalen Kapitals. Das lokal fixierte Kapital hat das Nachsehen, solange es sich nicht aus dem Pool der illegalen Immigration bedient. Die chinesischen Arbeitskosten, denen das transnationale Kapital zustrebt, betragen pro Beschäftigten 4–5 Prozent der deutschen. Zudem fallen die sozialen und ökologischen Regulationen in China weniger ins Gewicht. Da nun chinesische Löhne im eignen Land nicht erreichbar sind, investiert Kapital direkt in China und deinvestiert in Ländern wie Deutschland.

Ein globales Paradox: antikeynesianischer Keynesianismus

«Noch nie in der Geschichte» lagen die Fremdwährungsreserven «so exorbitant über dem normalen Niveau» wie gegenwärtig.[10] Verrückterweise werden 60% davon von den Notenbanken der so genannten Schwellenländer gehalten. Seit der Weltfinanzkrise von 1997–98 haben sich die Kapitalflüsse umgekehrt, «das Kapital fliesst von den neuen Märkten, v.a. China, in die USA».[11] Seitdem erhielt das reichste Land der Welt billige Darlehen von bisher über 710 Milliarden Dollar[12] von einem zwar dynamischen, aber noch armen Land.

Für einen Moment können wir uns die Fiktion machen, die USA konsumierten nicht bloss rund 6 Prozent mehr als sie produzieren, sondern würden ausschliesslich verbrauchen. Sie wären dann, um es in Marx' Worten zu sagen, eine Nation, «die nur kauft, ohne zu verkaufen, also auch nur konsumiert ohne zu produzieren».[13] Sie verhielte sich als unproduktive Ausbeuterin der restlichen Welt gegenüber. Letzterer bliebe nichts anderes übrig, als sie so viel als möglich zu betrügen.

Chinesische Löhne sind heute das Ziel allen transnationalen Kapitals.

«Das Geld, womit eine solche Klasse beständig kauft, muss ihr (...) auf beliebige Rechts- und Gewaltstitel hin, von den Warenbesitzern selbst zufliessen. (...) So zahlten die kleinasiatischen Städte jährlichen Geldtribut an das alte Rom. Mit diesem Geld kaufte Rom Waren von ihnen (...). Die Kleinasiaten prellten die Römer, indem sie den Eroberern einen Teil des Tributs wieder abluchsten auf dem Wege des Handels. Aber dennoch blieben die Kleinasiaten die Geprellten. Ihre Waren wurden ihnen nach wie vor mit ihrem eignen Gelde gezahlt.»[14]
Es ist, als würden die USA zum Rest der Welt sagen: «Ihr schuldet mir meine Schulden.» Mit dem Geld ihrer Gläubiger, zu denen auch Länder wie Japan und Deutschland gehören, kaufen sie diesen ihre Waren ab. Anders als die alten Römer nehmen sie ihnen die Produkte nicht mit Gewalt ab, auch wenn ihr Gewaltapparat eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung dieses Zustands spielt, wie er umgekehrt ohne die Zuflüsse nicht zu finanzieren wäre.[15]

[9] MEW 23, 627–628, Anmerkung 53.
[10] FAZ, 10.5.05, 27.
[11] Krugman, Paul: China se desvincula, in: El País, 24.7.2005, 2 Negocios.
[12] FAZ, 20.7.05, 21.

[13] MEW 23, 177.
[14] MEW 23, 176–177.
[15] Paul Krugman (vgl. Anmerkung 10) sieht kommen, dass der Supermacht USA, die vom Kredit lebt – «was es seit Philip II von Spanien nicht mehr gegeben hat» –, von China «die Kreditkarte gesperrt» wird. Bei einbrechendem Immobiliensektor, steigenden Zinsen, aber verbesserter Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt würden die Verhältnisse sich auf einem Niveau einpendeln, auf dem die USA mehr Fabrikarbeiter und weniger Grundstücksmakler hätten, mehr Arbeitsplätze in Michigan und weniger in Florida.

Die Bundesrepublik dagegen scheint mit ihrer Arbeitsmarktpolitik der merkantilistischen Devise zu folgen, mehr zu verkaufen als zu kaufen. Dahinter steckt ein Akkumulationsmuster, das zu Lasten der auf Lohnarbeit angewiesenen einheimischen Bevölkerungsmehrheit geht, auf Teufel komm raus in die nachholenden Ökonomien eindringt und anderen den schwarzen Peter der Verschuldung zuspielt oder anders den ökonomischen Atem abschnürt. «Denn ganz grob gilt, dass Deutschland die Maschinen nach China verkauft, mit deren Hilfe die Chinesen die italienischen Produkte vom Markt verdrängen.»[16]

Der Keynesianismus scheint global zurückgekehrt zu sein, mit den USA als globalem Konsumenten auf Pump.

Die USA aber fungieren als riesiger «Wal-Mart mit Armee».[17] Ihr Staatshaushalt wetteifert mit den Privathaushalten im Schuldenmachen, wie sonst nur noch Grossbritannien und Australien, die kleineren Mitglieder des «angelsächsischen Blocks», und in Europa Spanien, dessen «Ehrenmitglied».[18] Diese Länder verzeichnen im Kreis der reichen Länder überdurchschnittliches Wachstum, gespeist von fremdem Geld, und (ausser Spanien) geringere Arbeitslosigkeit, trotz Rückgangs des Fertigungssektors.[19]

Nachdem der Neoliberalismus den Keynesianismus verdrängt hat, scheint dieser global zurückgekehrt zu sein, mit den USA als globalem Konsumenten auf Pump.

Politik an der Grenze des Kapitalismus

Dieser Zustand wird nicht dauern. Ihn zu analysieren, ist die marxsche Theorie im Ganzen konkurrenzlos. Ihre revolutionäre Perspektive aber ist nicht nur durch die Hypothek der sowjetischen Erfahrung belastet, sondern derzeit ohne Griff auf die Wirklichkeit. Die Proletarier aller Länder sind zersplittert, eine sozialistische Alternative ist nicht in Sicht. Doch mit jedem Akt des Sozialabbaus rückt die Realität näher ans marxsche Bild heran. Mit erstauntem Kopfschütteln lesen selbst Börsianer die Passagen des Manifests, in denen dieses wie durch eine Zauberbrille ins Herz der Gegenwart blickt und den Grundzug der heute so genannten Globalisierung schildert.

Im Manifest wird aber auch eine historische Grenze des Kapitalismus behauptet, die mit jedem Tag aktueller wird. Als Zeichen der Unfähigkeit der Bourgeoisie, «noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen», begreift Marx ihre Unfähigkeit, der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Mehrheit ein menschenwürdiges Auskommen zu sichern, «weil sie gezwungen ist, (ihren Lohnsklaven) in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden».[20] Sie kann das, mit Brot und Spielen, nur bis zu einem gewissen Grad. Ihre Politiker rufen daher verzweifelt nach wirtschaftlichem Wachstum. Doch ein Entwicklungsboom à la China ist in Ländern wie Deutschland mit Kapitalismus nicht mehr zu machen. Auf dem Wege der Industrialisierung lässt sich Mehrwert produzieren, realisieren und kapitalisieren, also Kapital akkumulieren – zumal wenn die Akkumulationskrise wie in China von der Staatspartei gleichsam kurzerhand, verboten' wird. Am Krieg lässt sich verdienen und nach ihm am Wiederaufbau, soweit dieser Profit abwirft.

[16] Piller, Tobias: Italien will keine Opfer bringen, in: FAZ, 9.6.05, 13.

[17] Ruiz, José Juan: Wal-Mart con ejército, in: El País, 31.7.05, 2 Negocios.

[18] Pastor, Alfredo (vgl. Anmerkung 7)

[19] Typisch sind die US-Zahlen: Im Juli 2005 sind 207'000 Stellen neu geschaffen worden, obwohl 4'000 in der Fertigung verloren gingen (El País, 6.8.05, 54). Die neuen Arbeitsplätze verteilen sich vor allem auf Handel (50'000), Gesundheit und Erziehung (21'000), Hotels und Gaststätten (33'000) und so genannte freie Berufe (33'000).

[20] MEW 4, 473.

Doch in einer bereits hoch entwickelten Gesellschaft geht das nur in engen Grenzen. Innovationen wie der «CD-Player», das «Handy», die «Playstation» oder die elektronische Kamera geben nicht viel mehr als konjunkturelle Strohfeuer her, zumal diese Güter ebenfalls entweder bereits in China hergestellt werden, dessen Ausfuhr bis zu einem Drittel aus elektronischen Produkten besteht, oder auf einer technologischen Basis erzeugt werden, die den Faktor lebendige Arbeit minimiert. Insgesamt funktioniert hier der Kapitalismus nicht mehr in einer Weise, die der Bevölkerungsmehrheit die Teilhabe an den Entwicklungsmöglichkeiten gewährt. Alles spricht dafür, dass es sich nicht nur um eine Umstrukturierungskrise handelt, sondern um ein Problem, das durch alles Auf und Ab hindurch den Kapitalismus nicht mehr loslassen wird.
Nachdem die neoliberale Politik im Interesse des Finanzkapitals und der transnationalen Konzerne die Schleusen geöffnet hat, machte die ökonomische Gewalt der entfesselten Konkurrenz das grosse Roll-back fürs Erste unaufhaltsam. Sind in dieser Situation am Ende nur Rückzugsgefechte möglich? Ist die Linke zu einem Antikapitalismus ohne real existierende Alternative zum Kapitalismus verdammt?

Da die makroökonomischen Verhältnisse derart sind, lauert hinter Legitimationskrisen, wie sie der rot-grünen Regierung in Deutschland den Garaus gemacht hat, die Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie. Zunächst profitieren noch die Konservativen – die freilich nicht konservieren, sondern die neoliberale Revolution gegen den Sozialstaat weiter radikalisieren wollen. Da sich jedoch die Basisdeterminanten nicht ändern dürften, wird dahinter die Krise der repräsentativen Demokratie hervortreten – von ihr profitiert die extreme Rechte, wenn nicht, wie jetzt in Deutschland, der Sozialprotest eine erneute Stimme von links erhält.

Hinter der Krise der rot-grünen Regierung in Deutschland lauert die Krise der repräsentativen Demokratie.

Die Dialektik von Nah- und Fernzielen wartet unter solchen Bedingungen mit einer Überraschung auf: Das Fernste ist das Nächstliegende. Um der Demokratie willen muss die Linke bestrebt sein, die Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie in die Legitimationskrise des Kapitalismus zu überführen. Weil – noch! – keine Alternative zum Kapitalismus im Ganzen in Sicht ist, wird die sozialistische Einbettung der vielen Lösungen, die in irgendeiner Weise den Kapitalismus im Einzelnen überschreiten, zur Tagesaufgabe. Alle Politik wird zunehmend zu Politik an der Grenze des Kapitalismus.

Wolfgang Fritz Haug (1936) lehrte bis 2001 Philosophie an der Freien Universität Berlin. Veröffentlichungen u.a.: Kritik der Warenästhetik (1971); – Vorlesungen zur Einführung ins «Kapital» (1974; 6. Aufl. u. Neufassung 2005) – Philosophieren mit Brecht und Gramsci, Hamburg 1996; – Politisch richtig oder richtig politisch, Hamburg 1999; – High-Tech-Kapitalismus, 2004; – Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern, gefolgt von Sondierungen zu Marx/Lenin/Luxemburg (2005); – im Herbst 2005 erscheint Philosophie und Marxismus – Eine Einführung in marxistisches Philosophieren; – Herausgeber der Zeitschrift Das Argument seit 1959 und des auf 15 Bände angelegten Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus (1994ff); Mitherausgeber der kritischen Gesamtausgabe der Gefängnishefte von Antonio Gramsci in 10 Bänden (1991–2002); – Wissenschaftlicher Leiter des Berliner Instituts für kritische Theorie; Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac.